

## 17. Ordentlicher Bundeskongress: Führungswechsel beim CGB

Auf dem 17. Ordentlichen Bundeskongress des CGB - Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB), der am 1. und 2. Dezember 2023 in Berlin stattgefunden hat, gab es einen Führungswechsel. In Nachfolge des aus Altersgründen nicht wieder kandidierenden Saarländers Adalbert Ewen, wurde der Niedersachse **Reiner Jahns** zum **Bundesvorsitzenden der drittgrößten gewerkschaftlichen Spitzenorganisation Deutschlands** gewählt. Jahns war zuvor Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM), der größten Einzelgewerkschaft des CGB.

Veränderungen gab es auch bei der **Wahl der stellvertretenden CGB-Vorsitzenden**. Neben dem Vorsitzenden der Berufsgewerkschaft DHV, dem Schweriner **Henning Röders**, der wiedergewählt wurde, wurden auch der neue CGM-Vorsitzende, der Bayer **Sebastian Scheder**, sowie der Vorsitzende des Arbeitnehmersverband Deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter (ADM), der Schleswig-Holsteiner **Sönke Clasen**, zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Mit großer Mehrheit wurde **Helmut Ortmann** (CGM) in seinem Amt des Bundesschatzmeisters bestätigt.

Der neue **Bundesvorstand** wird vervollständigt durch insgesamt 9 Beisitzerinnen und Beisitzer, namentlich sind dies: **Günter Eickmeier** (BIGD), **Hans-Rudolf Folz** (DHV), **René Dietz** (CGBCE), **Matthias Rickel** (DHV), **Thomas Plemenik** (CGM), **Tatjana Roeder** (CGM), **Ralf Vüllings** (GTL), **Martina Zehner** (GÖD) sowie **Gerd Zimmermann** (CGM).

Die 80 Kongress-Delegierten beschlossen einstimmig einen Initiativantrag, in dem die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag aufgefordert werden, das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** vom 15.11.2023 (2 BvF 1/22), **mit dem das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 für nichtig erklärt wurde, zu respektieren und nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen**, wie eine erneute Aussetzung oder Abschaffung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, oder haushaltspolitische Maßnahmen, wie die Bildung neuer oder Umnutzung vorhandener Sondervermögen, **zu unterlaufen**, wie dies von einigen Politikern und Wirtschaftsweisen bereits gefordert wurde.

Mit nur geringfügigen Änderungen und bei lediglich 2 Gegenstimmen wurde weiterhin der **Leitantrag „Freiheit und Demokratie schützen – Wohlstand wahren - Zukunft gestalten“** beschlossen, in dem u.a. gefordert wird, den **Reformstau in Deutschland zu beenden** und die **Wirtschaft zu modernisieren**.

**Der CGB-Bundeskongress verabschiedete zahlreiche Anträge:**

- So fordert der CGB-Bundeskongress auf EU-Ebene eine **einheitliche Gesetzgebung zur Regulierung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz**.
- Bis zur Zahlung des Klimageldes sollen die **weiteren Steigerungsschritte bei der CO<sup>2</sup>-Bepreisung ausgesetzt** werden.

- Die Erklärung der **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen** soll erleichtert werden. Das ist gerade vor dem Hintergrund der von der EU geforderten Steigerung der Tarifbindungsquote auf 80 % der Beschäftigten eine wichtige Maßnahme.
- Der CGB-Bundeskongress fordert, **Ausnahmen von der elektronischen Aufzeichnungspflicht bei der Arbeitszeiterfassung** durch Betriebs-/Dienstvereinbarung zuzulassen. Die im Referentenentwurf des DHV-Information Bundesarbeitsministeriums vorgesehene ausschließliche Tariföffnungsklausel ist nicht sachgerecht. Insbesondere in Bezug auf Vertrauensarbeitszeit ist auf Grundlage einer Betriebs- /Dienstvereinbarung Vertrauensarbeitszeit dann zuzulassen, wenn diese von Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in gewollt ist.
- Die im Mitbestimmungsgesetz geregelte **Unternehmensmitbestimmung** soll auch für Unternehmen mit der **Rechtsform Europäische Gesellschaft (SE)** gelten.
- Der CGB-Bundeskongress fordert die Bundesregierung, weiterhin den **Mehrwertsteuersatz von 7 % für alle Ausgaben für Strom und Heizung** der Privathaushalte festzuschreiben. Darüber hinaus soll der Bundesgesetzgeber das Mehrwertsteuergesetz grundlegend reformieren und die Möglichkeiten der EU Mehrwertsteuerrichtlinie für gänzliche Steuerbefreiungen oder die Anwendung ermäßigter Steuersätze nutzen.
- Die **gesetzliche Pendlerpauschale** soll auf 0,50 € je km erhöht werden. Die für das Pendeln zur Arbeit erforderlichen Monatskarten für ÖPNV und DB-Nah/Fernverkehr sollen vom Arbeitgeber in voller Höhe steuerfrei ersetzt bzw. in der Steuererklärung vollständig abgesetzt werden können.
- In der Bildung fordert der CGB-Bundeskongress die Landesgesetzgeber und Schulbehörden auf, **Berufsorientierung und Berufspraktika** in den allgemeinbildenden Schulen einen noch höheren Stellenwert einzuräumen. Die Berufsförderung für junge Bürgergeldempfänger/innen soll weiter in der Zuständigkeit der Jobcenter belassen werden.

Am CGB-Kongress nahmen zahlreiche nationale und internationale politische Ehrengäste teil, darunter **Dr. Ottilie Paola Klein**, CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Ausschuss für Arbeit und Soziales, **Johann Saathoff**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat, sowie der **Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, Peter Weiß**. Besondere gewerkschaftliche Ehrengäste waren unter anderem **Stabsfeldwebel Thomas Schwappacher**, stv. Bundesvorsitzender Deutscher Bundeswehrverband (DBwV) und **Romain Wolff**, Präsident Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (CESI).

Weitere führende Politiker/innen sowie Verbandsvertreter haben dem CGB-Kongress **Grußbotschaften** geschickt, darunter Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) sowie mehrere Ministerpräsidenten, darunter der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der Ministerpräsident von Thüringen Bodo Ramelow (Die Linke) und der Bremer Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte (SPD).